

b+k Berichte und Kommentare

1/2025

öffentlich & deutlich

- **Frauenquote**
- **Was hat der Prozess „Profil und Konzentration“ gebracht**
- **Wählt Jugend rechts?**
- **Trump und die Evangelikalen**
- **Nahostkonflikt: Gibt es Hoffnung?**
- **Die Wärmepumpe**
- **„Wir wollen eure Hoffnung nicht“**
- **Ukrainekrieg: Gibt es einen Ausweg?**

fromm & politisch kritisch & solidarisch

**Arbeitskreis
Evangelische
Erneuerung**



- 3 Editorial
- 4 Frauenquote rauf: Wie geht das? / Johannes Herold
- 6 Frauenquote: „Wir haben es geschafft !“ / Johannes Herold
- 8 Was der Prozess „Profil und Konzentration“ gebracht hat / Elke Zimmermann
- 10 Konservativ? Politische Zuordnungen lösen sich auf / Ein Kommentar von Elke Zimmermann
- 11 Wählt Jugend rechts? / Ulli Wilmer
- 13 Flüchtlingsfeindschaft? / Ein Kommentar Stephan Reichel
- 15 Trump und die Evangelikalen / Christoph Schmidt
- 17 Evangelikal geht auch anders / Stellungnahme der Erlanger ELIA-Gemeinde
- 18 Gibt es Hoffnung im Nahostkonflikt? / Ines Fischer
- 20 Hier Gut, dort Böse — dieses „banal binäre Prinzip“ funktioniert nicht mehr / Lutz Taubert
- 21 Die Wärmepumpe/ - trotz allem unentbehrlich / Interview
- 23 Seelsorge an und in der Klimabewegung / Thomas Zeitler
- 25 Infrarotstrahler statt Kirchenbankheizung / Johannes Herold
- 27 Anne Applebaums neuestes Buch „Achse der Demokraten“ / Lutz Taubert
- 29 Ukrainekrieg: Gibt es einen Ausweg? / Andreas Hamburg
- 31 AEE intern — Namen und Adressen
- 32 Das Letzte

Liebe Leserin, lieber Leser,
darauf einen Sekt! Wir haben Grund
zum Feiern!

Ja, Sie lesen richtig, auch wenn das vermutlich überraschend ist, wenn man auf die globale Gesamtlage schaut – aber es ist wirklich so: Wir haben Grund zum Feiern. Denn der AEE war an einer bahnbrechenden Entscheidung innerhalb der ELKB beteiligt: der Einführung einer Frauenquote für die kirchenleitenden Ämter. Und was zunächst völlig unwahrscheinlich anmutete, ist tatsächlich passiert: Die Synode der bayerischen Landeskirche hat diese Quote beschlossen, auf die wir hingearbeitet haben.

Nun mag man einwenden, dass das ja angesichts von Trump, Putin und der Klimakatastrophe wirklich keine große Sache sei. Aber gerade weil die Großwetterlage so buchstäblich katastrophal ist, möchte ich mit dieser guten Nachricht unser neues Heft eröffnen.

Keine Angst, die harten Realitäten werden nicht zu kurz kommen in dieser Ausgabe des b+k: Wir widmen uns in mehreren Artikeln den Fragen, die sich aus Trumps Wahl und Amtsantritt am 20. Januar ergeben. Wie kann es sein, dass ein Mensch zum Präsidenten der USA gewählt wird, der behauptet, er könnte in der New Yorker Innenstadt einfach einen Menschen erschießen und würde keine Wählerstimme verlieren. Und was bewegt eigentlich die Evangelikalen in den USA dazu, diesen Menschen zum Erlöser zu küren?

Auch die Klimakatastrophe kommt nicht zu kurz in dieser Ausgabe, mit einem Artikel über die Wärmepumpe und einem Einblick von Thomas Zeitler in seine Zusammenarbeit mit den Aktivisten der Klimabewegung Extinction Rebellion. Das alles wird in dieser Ausgabe seinen Platz haben.

Aber zuerst und gerade weil das alles so beunruhigend und erschreckend ist, wollen wir mit der guten Nachricht starten. Der AEE wird zwar nicht die Welt verändern – aber die bayerische Landeskirche haben wir als Verein mit vielen anderen zusammen verändert! Und wir lassen nicht nach!

*Ihr und euer
Pfr. Johannes Herold
Sprecher des AEE
Anders. Evangelisch. Engagiert.*

Frauenquote rauf: Wie geht das?

In 30 Thesen stellte Constanze Pott den Teilnehmer:innen auf der Studientagung des AEE ihre Ideen zur Frauenförderung in der Kirche vor. Und wie die Kirche das tun könnte, darüber kann sie einiges vom Programm zur Frauenförderung bei Siemens lernen, wie die Referentin an Beispielen aufzeigt.

Von Johannes Herold

Selten ging es so jung und weiblich zu bei einem Studientag des AEE – und selten so digital. Zum Vortrag von Dr. Constanze Pott kamen ca. 20 Personen in den Eckstein in Nürnberg – und weitere 15 nahmen aus ganz Bayern per Zoom teil. Moderiert wurde die digitale Teilnahme von unserer Sprecherin Franzi Maisel und ihrer Partnerin Adele.

Ausgangspunkt für den Studientag war die Petition einer Gruppe junger Frauen an den Landeskirchenrat: Dieser sollte sich selbst die Auflage geben, künftig paritätisch von Frauen und Männern besetzt zu sein. Die Petition unterschrieben unsere beiden Sprecher und das LT für den AEE sehr schnell und uns wurde klar, dass das ein Thema ist, das die ureigensten Interessen unseres Vereins betrifft – war es doch unser Gründungsthema, Frauen den Weg ins Pfarramt zu öffnen.

Nachdem Dr. Constanze Pott sich als Synodale prominent bei der Antragstellung eingebracht hatte, haben wir Sie zum Hauptvortrag für unseren Studientag am 11. Oktober eingeladen.

Und sie zeigte uns erst einmal die Realitäten in unserer Kirche auf: „50 Jahre nach der Einführung der Frauenordination

haben wir grob formuliert eine Frauenquote von 50 Prozent im Pfarrberuf, etwa 30 Prozent im Dekaneamt und unter 20 Prozent im Bereich der Oberkirchenräte.“ Nachdem Dr. Pott aus der Wirtschaft kommt und bei Siemens als KI-Fachfrau arbeitet, kennt sie Zahlen und Methoden, die in der Kirche offensichtlich noch nicht bekannt sind. So vergleicht sie die Fördersysteme der Kirche mit dem Fußball: Dort ist klar, dass man eine Basis von ca. 10 Millionen Kindern braucht, um alle 2 Jahre eine Nationalmannschaft in einer Meisterschaft stellen zu können. Ohne eine breite Basis wird man nicht die Talente herausfinden, die man fördern kann.

Die gute Nachricht ist: An der Basis sieht es gut aus. Wir haben viele Frauen im Pfarramt und noch mehr Studentinnen, die wir fördern können!

Aber fördern wir sie auch?

Siemens hat sich zum Ziel gesetzt, dass Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer. Eine 50-Prozent-Quote wäre kaum schaffbar, weil in den technischen Berufen einfach zu wenige Frauen überhaupt das Studium aufnehmen – aber auch hier hat Siemens Programme, die schon Mädchen in der Schule fördern.

Im System von Siemens ist es nun so, dass die Quote von Frauen in Führungspositionen der Quote von verfügbaren Frauen entsprechen muss. Ist das nicht der Fall, darf eine Stelle nicht besetzt werden.

Während die Kirche also „einfach“ Männer auswählt und behauptet, es habe keine qualifizierte Frau gegeben, übernimmt Siemens die Verantwortung und sagt: „Wir müssen Frauen besser qualifizieren, damit wir sie einstellen können.“

Die klassischen Karrierehemmnisse von Frauen, sprich: Geburt und frühkindliche Erziehung, werden bei Siemens nicht als „Problem der Frauen“ gesehen, sondern als „Problem der Firma“. Und so baut Siemens Kitas am Arbeitsplatz, gibt Frauen Parkplätze ohne weite Laufwege und ermöglicht auf diese Weise den Frauen beste Arbeitsbedingungen. Eine verhältnismäßig kurze Kinderpause ist dann kein Karrierehindernis mehr.

Bei der Fishbowl-Diskussion im Anschluss an den Vortrag beteiligten sich viele Frauen aus dem Publikum, die von den Ungerechtigkeiten berichteten, die sie bei ihrer Karriereplanung erfuhren, und sehr dankbar waren, dass dieses Thema nun von vielen Menschen auf die Tagesordnung gesetzt wurde.



Gudrun Diestel, die Kämpferin für Frauenrecht in der Kirche, ist im Alter von 95 Jahren gestorben.

Die in Berlin geborene Pfarrerstochter studierte Theologie, u. a. in England. Zunächst war sie beim Bayerischen Müttertendienst in Stein bei Nürnberg tätig. 1966 wurde sie in Bayern zur Pfarrvikarin eingesegnet — denn erst ab 1975 konnten dort Frauen zur Pfarrerin ordiniert werden.

Diestel bewarb sich bei der EKD in Hannover und wurde 1974 als eine der ersten Frauen zur Oberkirchenrätin berufen. Dort wurde die Einsegnung als Pfarrvikarin laut bayerischer evangelischer Landeskirche dann auch als Ordination anerkannt.

Gemeinsam mit dem Frauenreferat des Weltkirchenrats initiierte sie 1975 eine internationale Konferenz „Sexism in the 70s“, die laut Landeskirche einen Durchbruch bei der Zusammenarbeit von Frauen und Männern in den Kirchen brachte. In Bayern gehörte Diestel zu den engagierten Theologinnen, die sich für die Einführung der Frauenordination einsetzten. Sie war zwischen 1961 und 1974 Mitglied der beratenden Ausschüsse zur Neuordnung des Dienstrechts der Theologinnen in Bayern. 2012 wurde Diestel das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Frauenquote: „Wir haben es geschafft!“

Für alle Leitungsgremien der ELKB soll eine flexible Quote von 40 zu 60 gelten - also ein Minimum von 40 Prozent Frauen. Das beschloss die Synode der bayerischen Landeskirche, und dieses hatte – in der Grundidee – der AEE in einer Eingabe an die Synode gefordert.

Ein deutlich hörbares „Juhu“ schallt durch den Saal im Amberger Congress Centrum (ACC), als das Ergebnis verkündet wird. Künftig gilt in der ELKB eine Frauenquote für die kirchenleitenden Ämter!



Wir haben es geschafft – aber es war ein Krimi. Zwischen März und November hat eine Gruppe von Menschen aus verschiedenen Berufsgruppen in der Kirche eine kleine Revolution geplant, durchgeführt – und nicht nur überlebt, sondern tatsächlich gewonnen! Die Bedenken waren groß. So fand Synodalpräsidentin Preidel: „Wir brauchen die Besten!“ – Und meinte damit anscheinend: Das können ja wohl nicht 50 Prozent Frauen sein. Oberkirchenrat Reimers war in seinen ersten Reaktionen ebenfalls sehr zögerlich und hatte Bedenken, dass das alles zu wenig flexibel würde. Und auch aus den Reihen der Synodalen gab es die Stimmen, die eine Frauenquote ablehnten, das sei zu überstürzt, oder gar nicht nötig. Die Eingabe des AEE, die das LT sich mit

der „Revolutionsgruppe“ um Pfarrerinnen Dr. Tia Pelz, Dr. Constanze Pott und einige weitere Frauen überlegt hatte, forderte, „dass künftig für die kirchenleitenden Gremien und Positionen der ELKB eine Frauenquote von

mindestens 50 Prozent gilt. Insbesondere für den Landeskirchenrat und auf Dekanatssebene darf so lange kein Mann berufen werden, bis die Quote von mindestens 50 Prozent Frauen erreicht ist.“

Bis zum Beginn der Synode war es alles andere als sicher, dass wir mit den Eingaben aus der Revolutionsgruppe Erfolg haben würden. Die Stellungnahme des Landeskirchenrats bezeichnete die Forderung als zu unflexibel – was schon erstaunlich war, denn „mindestens 50 Prozent Frauen“ bietet ja eine Vielzahl von Möglichkeiten zwischen 50 und 100 Prozent, nur halt nicht weniger als 50 Prozent. Dass selbst in der Beschlussvorlage wieder die angeblich zu starre Forderung der Eingabe als Gegenargument benannt



Hier feiern direkt nach dem Beschluss der Frauenquote die Synodalen Sr. Dr. Grochowina, Dekanin Dr. Lubomierski, Dr. Hoerschelmann, Dr. Sperber-Hartmann, Dr. Pott und Tanja Keller © Nina Lubomierski

wurde, war für uns schon erschreckend. Auch die Wortmeldung von Dr. Pott wurde von den Anwesenden anscheinend nicht verstanden – und manche wollten sie wohl auch nicht verstehen.

Letztlich kam der Landeskirchenrat mit seiner Beschlussvorlage aber doch der Revolutionsgruppe entgegen: Eine flexible Quote von 40 bis 60 Prozent – mit der Zielvorgabe 50 Prozent Frauen in allen Leitungsgremien. Diesem Vorschlag schloss sich eine Mehrheit der Synode an. Und damit hat die ELKB einen großen Schritt in Richtung Gleichberechtigung der Frauen getan!

Natürlich bleibt der Weg dorthin lang: Es braucht transparente Berufungsverfahren und die qualifizierte Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten (auch hierzu gab es eine Eingabe, die nicht befürwortet wurde, aber doch Wirkung

zeigte) und vor allem: noch viele Berufungen von Frauen in die Leitungsgremien, bis wir die Quote erreicht haben.

Direkt nach dem Beschluss sammelte sich eine Gruppe von fünf Frauen im Foyer und stieß auf diesen wunderbaren Erfolg an. Wir als AEE gratulieren ebenfalls!

Johannes Herold

Kirche, reformatorisch, aber auch reformfähig?

Was der Prozess „Profil und Konzentration“ gebracht hat /

Von Elke Zimmermann

Ist die Kirche reformatorisch und reformfähig? Wer derzeit die bayerische Landeskirche beobachtet, könnte glauben, dass gerade kein Stein mehr auf dem anderen bleibt. Da werden Kirchenkreise, Dekanate und Gemeinden zusammengelegt, die Strukturen innerhalb der Kirche ändern sich massiv. Für die Pfarrerinnen und Pfarrer heißt das, dass die Gemeinden flächenmäßig immer größer werden – bei sinkenden Mitgliederzahlen.

Jahrelang steht bei den Haushaltsplanungen im Raum, dass das Geld weniger werden wird. Und dann waren die Abschlüsse doch ganz gut. Aber das ist jetzt leider vorbei, die Kirchensteuereinnahmen sind wirklich spürbar gesunken.

Seit spätestens 2017 läuft der Prozess „Profil und Konzentration“. Damit sollte unter Beteiligung aller – von der Landessynode bis zu den Gemeinden – herausgefunden werden, welche Strukturen oder Aufgaben noch sinnvoll sind. Organisationen haben es ja an sich, dass sie im Laufe der Zeit immer größer werden. Dabei ist es immer schwer, sich auch von den Aufgaben wieder zu trennen, die gar nicht mehr sinnvoll oder zeitgemäß sind.

Zunächst wurde erkundet, auf welche Gebiete sich Gemeinden oder auch die ganze evangelische Kirche in Bayern in Zu-

kunft konzentrieren wollen. Während die eine Gemeinde einen Schwerpunkt auf diakonisches Handeln legt, ist für eine andere Spiritualität oder Kirchenmusik wichtiger. Insgesamt wurden sechs Bereiche identifiziert, auf die sich die evangelische Kirche in Bayern künftig konzentrieren will.

Zusammengefasst wurde dies in einem strategischen Hauptleitsatz zu „Profil und Konzentration“, der 2017 von der Landessynode in Coburg beschlossen wurde.

„Die ELKB gibt Zeugnis von der Liebe des menschengewordenen Gottes. Sie orientiert sich am Auftrag der Heiligen Schrift und organisiert ihre Arbeitsformen und ihren Ressourceneinsatz konsequent auf das Ziel hin, dass Menschen mit ihren heutigen Lebensfragen einen einfachen Zugang zu dieser Liebe finden. Grundaufgaben sind daraus folgend:

1. Christus verkündigen und geistliche Gemeinschaft leben
2. Lebensfragen klären und Lebensphasen seelsorgerlich begleiten
3. Christliche und soziale Bildung ermöglichen
4. Not von Menschen sichtbar machen und Notleidenden helfen
5. Nachhaltig und gerecht haushalten.“

KIRCHLICHER REFORMPROZESS

PROFIL & KONZENTRATION



Reformen und Revolutionen haben eines gemeinsam: Leider gehen nicht immer alle mit. Schon bei den Informationsveranstaltungen herrschte häufig Misstrauen. Man warf PuK vor, dass das alles nur eine verkappte Sparmaßnahme sei. Dabei war die Grundidee, dass man sich freiwillig und bevor ein Sparzwang einsetzt, damit beschäftigt, wo die Prioritäten liegen. Dazu kommt auch, dass derzeit gefühlt eine neue Aufgabe nach der anderen auf die Gemeinden einprasselt:

Immobilienkonzepte sollen erstellt werden, das Klimaschutzgesetz muss umgesetzt werden und als Konsequenz der Forum-Studie müssen sich alle Gemeinden ein Schutzkonzept gegen (sexualisierte) Gewalt geben – vom nächsten Landesstellenplan ganz zu schweigen.

Das PuK-Projektbüro ist mittlerweile geschlossen. Aber die Prozesse sind angestoßen, sie laufen und sollten möglichst von allen mitgetragen werden.

„Konservativ“?

Rechtspopulisten verkaufen ihre Programme als „nur“ wertkonservativ – Politische Zuordnungen lösen sich auf / Ein Kommentar von Elke Zimmermann

„Konservativ kommt von Konserve“, sagt ein Onkel von mir gerne. Und wer die Konserven der 1970er-Jahre noch kennengelernt hat weiß, dass das nichts Gutes war. Meistens handelte es sich um Gemüse oder Fische, die für die Ewigkeit in einer Dose gefangen, immer noch einigermassen essbar blieben.

Die Politik war zu dieser Zeit auch noch einfacher zu verstehen: die SPD stand für soziale Gerechtigkeit, die CDU/CSU für Konservatismus, die FDP für Steuersparer und Liberalismus und die damals neuen Grünen für den Umweltschutz.

Heute geht es um Parteien, die das demokratische Gefüge in Deutschland erhalten, oder um solche, die es zumindest zerrütten möchten. Dabei setzen wir voraus, dass die sogenannten Altparteien zu denen gehören, die die Demokratie schützen und erhalten möchten. Inhaltlich unterscheiden sie sich immer noch.

Allerdings leben wir in einer anderen Welt und Wirklichkeit. Spätestens nachdem die immer pazifistischen Grünen Waffenlieferungen in die Ukraine zugestimmt haben, ist auch hier nicht mehr



©pixabay

sicher, wie Wahlprogramm und Realitätscheck zusammengehen. Fakt ist aber auch, dass die AfD mittlerweile eine Größe erreicht hat, die nicht mehr ignoriert werden kann. Ihr Wahlprogramm ist unter anderem demokratiefeindlich, ausländerfeindlich und europafeindlich. Es stehen einem die Haare zu Berge, wie viel Feindlichkeit darin enthalten ist.

Und dann behaupten diese Menschen, dass sie doch nur wertkonservativ seien. Das ist eine rein politische Floskel, die vermitteln soll, dass jemand für die alten, vermeintlich allgemeingültigen Werte einer Gesellschaft einstünde. Was genau mündige Bürger:innen dazu bringt, diesen Mist zu glauben, bleibt rätselhaft. Aber wer sich derzeit auf der Welt umschaute, besonders in den USA, der kommt aus dem Kopfschütteln nicht mehr raus.

Wählt Jugend rechts?

Über 70 Prozent positionieren sich links oder mittig / Von Uli Willmer

„Junge Menschen sind rechts.“ Diese Aussage hörten wir nach den letzten Landtagswahlen vermehrt. Doch die Shell Jugendstudie 2024 zeigt klar auf, dass es keinen Rechtsruck unter Jugendlichen gibt. Über 70 Prozent positionieren sich links oder mittig. Gleichzeitig hat ein Großteil der Jugendlichen aufgrund der verschiedenen Krisen Verlustängste und Angst vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg. Die Landtagswahlen im Osten haben aber gezeigt, dass es Demokratiebildung braucht, um einfache Versprechen von Populisten zu entlarven, aber auch, dass die Ängste junger Menschen ernst genommen werden müssen. Deshalb ist eine starke Jugendverbandsarbeit sehr wichtig, die sich für die Belange junger Menschen einsetzt und als Wirkstätte der Demokratie wirkt. Mir gibt Hoffnung, dass nach der Shell Studie mehr als die Hälfte der Jugendlichen zuversichtlich in die Zukunft blicken und nicht aufgeben.“ (Malte Scholz, Vorsitzender der Landesjugendkammer der EJB)

Natürlich sind manche Befunde erschreckend. Aber vor allem deswegen, weil sie so nicht erwartet wurden. Beispielsweise die U18 Ergebnisse 2023 bei den Landtagswahlen: CSU: 26,12 %, AfD: 14,91 %, SPD: 13,74 %, Bündnis 90/ Die Grünen: 13,29 %, Freie Wähler: 9,07 %, FDP: 5,86 %, Die Linke: 4,24 %. Teilgenommen haben daran 60.000 junge

Menschen unter 18 Jahren.

Lagen da die Grünen 2018 noch bei 23,3 %, so sank deren Anteil auf 13,3 %, der Anteil der AfD-Wählenden stieg von 8,3 % auf 14,9 %. Was das Wahlverhalten insgesamt anlangt, unterschied sich das der jungen Menschen aber nicht signifikant vom Gesamtwahlverhalten. Nur hätte eben niemand damit gerechnet, dass die AfD stärker werden würde als die Grünen.

Trotzdem kann aber festgehalten werden: Es gibt einen großen Anteil Jugendlicher, die rechtsextrem wählen. Zur Einordnung sind aber längerfristige Entwicklungen zu beachten.

Das politische Interesse steigt an. Über Politik informieren sich 51 % der jungen Menschen, 2019 waren es 36 %. Das Interesse an politischem Engagement ist gewachsen: 2022 waren es 37 %. Die Umfrageergebnisse stammen vom Jahresanfang 2024.

Dass es Krieg in Europa gibt beunruhigt junge Menschen – aber geht es uns Älteren damit anders? Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und der brutale Überfall der Hamas auf Israel. Wäre es nicht schlimm, wenn junge Menschen, egal wie ihre Antwort ausfällt, das nicht beunruhigte? Mich treibt es um.

Klimawandel (63 %) und Umweltverschmutzung (64 %) erschrecken junge Menschen.

Das Vertrauen in die Demokratie ist gewachsen: Die Demokratie für eine gute

Staatsform halten 2024 89 %. 2002 waren das 71 %.

Es gilt also genau hinzusehen. Einfache Antworten gibt es nicht. Die Verunsicherung ist gewachsen – bei allen. Die Einsicht, dass unsere Welt komplex ist, auch. Das gilt aber für uns alle.



©pixabay

Beindruckend die Zahl der jungen Menschen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr, ein Freiwilliges Ökologisches Jahr, einen Bundesfreiwilligendienst leisten oder einen Freiwilligendienst z. B. bei Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste.

Was folgt:

1. Die Jugend als solche gibt es nicht, aber viele sehr unterschiedliche Jugendliche.
2. Jugendliche treten gerne in den Dialog, auch mit uns Älteren. Nehmen wir sie ernst.
3. Junge Menschen sehen genau hin, wie wir Ältere uns verhalten? Lassen wir

die Hoffnung fahren oder arbeiten wir beharrlich weiter?

„Trotz aller Schrecken: Auf der Überzeugung, dass nichts läuft, nichts besser wird, nichts zu verändern ist, lässt sich nichts aufbauen. Wir haben die Pflicht zur Zuversicht“ – so schrieb es Giovanni die Lorenzo in der *Zeit*.

Ich denke, das sind wir Älteren der jungen Generation schuldig. Reden wir, engagieren wir uns, finden wir uns nicht ab mit der Welt, so, wie sie ist. Eine andere Welt ist möglich.

Ich gehe gerne einmal zurück in meine eigene Biografie:

Wenn ich Mitte der 80er nicht Menschen gefunden hätte, die mir Mut mach-

ten, die mir zeigten, dass es sich lohnt sich einzusetzen, dass Engagement Sinn macht, dann säße ich heute in einem Einfamilienhäuschen und ließe die Welt die Welt sein. Aber sie haben mir Mut gemacht. Klar, ich habe meine Positionen verändert, darüber kann man streiten, aber ich hab nicht aufgegeben. Zusammen mit jungen Menschen mag ich nach Lösungen suchen.

Wollen wir diese Welt all den Zynikern überlassen oder wollen wir gemeinsam für eine bessere Welt eintreten? Packen wir es gemeinsam an.

Flüchtlingsfeindschaft

Ist das unser größtes Problem? / Ein Kommentar von Stephan Reichel

„I love my sweet Hoyerswerda“, sagt mein junger syrischer Freund Rafat (27), der nun seit knapp zwei Jahren in Sachsen lebt nach einer langen Flucht. Er ist mit 16 Jahren aus seiner Heimatstadt Aleppo geflohen, mitten in den Bombardierungen, und hat sich dann noch minderjährig jahrelang in Istanbul, in einem desolaten Zeltlager auf Chios und in Athen durchgeschlagen. Nun ist er in Sachsen angekommen, hat drei Jahre Aufenthalt bekommen und will Lokomotivführer oder Sänger werden. Er ist hochmusikalisch. Ein Flüchtlingsschicksal, das typisch ist. Kann so etwas Feindschaft auslösen?

Seine sächsischen Nachbarn in einem ehemaligen Braunkohledorf sind sehr angetan von ihm. „Da haben wir Glück gehabt mit unserem Syrer, dass er nicht so ein Messerstecher ist wie die anderen“, höre ich. Fremdenliebe und Fremdenablehnung schlägt da in denselben Herzen. Den sie lieben, kennen sie. Die sie hassen, kennen sie nicht, aber es wird über sie von Populisten aus AfD, der unchristlichen CDU, der CSU oder der Wagenknecht-Partei erzählt. Selbst bei Grünen und SPD gibt es irrationale Ressentiments gegen Geflüchtete. In Talkshows und manchen Medien wird von angeblicher Überforderung und Straftaten berichtet. Ängste werden erzeugt, Hass gepredigt. Flüchtlingen aus Krieg und Diktatur wird das

Recht auf Schutz abgesprochen. Man will ihre Menschenrechte einschränken und abschaffen. Es gibt dabei einen Überbietungswettbewerb der Kakophonie, bei dem die wirre Alice von der AfD nicht immer die schlimmste ist. Merz, Dobrindt, Frei reden oft noch schlimmer und fordern bedrohlichen Unsinn, argumentieren faktenfrei und kommen damit in den Medien durch.

Dabei gäbe es ganz andere Probleme zu lösen, die schwächelnden Wirtschaften der westlichen Staaten, die immer nur auf Wachstum gesetzt haben, Alters- und Kinderarmut in einem steinreichen Land, zu hohe Mietpreise, Zerstörung der Landschaft, die Bedrohung durch den Klimawandel oder ein exzessiver Autoverkehr, um nur einiges zu nennen.

Allen diesen Kernproblemen ist gemeinsam, dass sie mit Migranten, Fremden oder Flüchtlingen nichts zu tun oder nur wenige Berührungspunkte haben. Der hausgemachte Wohnraummangel, Verkauf von Sozialwohnungen in der Kohl-Ära oder die Einstellung der Förderung von Genossenschaftswohnungen trifft den deutschen Mittelstand, besonders sozial Schwache, aber eben auch Flüchtlinge auf ihrem Weg in die Integration.

Die deutsche Bildungsmisere wirkt auch auf die vielen jungen Flüchtlinge und behindert ihren Weg in Ausbildung und Arbeit.

Leider gibt es bei der gegenwärtigen Hetze gegen Flüchtlinge durchaus erschreckende Analogien in unserer Geschichte. Schon einmal hat man in Deutschland von den wahren Problemen nach einem verlorenen Krieg in einer Phase großer Umwälzungen Sündenböcke gesucht und gefunden. „Der Jude ist an allem schuld“ hieß es. Heute sind angeblich die Flüchtlinge an allem schuld. „Die gehören hier nicht her“, sagt ein niederbayerischer CSU-Landrat. Flüchtlinge werden mit ihrer Bezahlkarte täglich diskriminiert und gekennzeichnet.

Ausländerbehörden gehen mit großer Boshaftigkeit gegen Schutzsuchende vor, grenzen sie aus. Minister unterstützen die Lagerhaltung. Manche fordern schon geschlossene Lager und Arbeitspflicht in den Lagern. Mitten in der Nacht dringen Polizeibeamte überfallartig in die Zimmer von Flüchtlingen ein, fesseln sie und bringen sie zu Abschiebeflügen in lebensgefährliche Länder und Perspektivlosigkeit. Seit Beginn des Jahres werden mitten im Winter Flüchtlinge mit Dublin-Abschiebung in Länder mit schrecklichen Bedingungen wie Bulgarien einfach auf die Straße gesetzt. Alle Zahlungen werden eingestellt. Das regelt ein neues Gesetz. Die Gesellschaft wird durch die neue unmensch-



©pixabay

liche Sprache, der die Taten nun schon folgen, verroht.

Wir müssen alles dafür tun, Medien, Politiker, Ehrenamtliche diese Entwicklung aufzuhalten. Rechtsradikalismus, Populismus und Rassismus haben noch nie gute Lösungen gefunden. Im laufenden Bundestagswahlkampf täte man gut daran, die wirklichen Probleme zu thematisieren und kluge Lösungswege zu entwickeln und aufzuzeigen.

Migration und Flucht nach Deutschland sollten wir als Chance betrachten. Wir brauchen diese motivierten und oft gebildeten jungen Leute für Wirtschaft, Handwerk, Pflege oder Gastronomie. Und dabei sollten wir nicht vergessen, was mein syrischer Freund auch sagt: „Deutschland ist ein Paradies mit einem großen Problem. Die Deutschen wissen es nicht.“

Wenn wir dieses, unser allergrößtes Problem überwunden haben und anerkennen, wie gut es uns geht, können wir wieder besser die Defizite gestalten und aufnehmen und teilen.

Lasst uns wieder offener, weltoffener und fröhlicher werden.

Flüchtlingsfeindschaft ist zutiefst unchristlich.

Trump und die Evangelikalen

Von der strategischen Allianz zur Koalition / Von Christoph Schmidt

Der Einfluss der Evangelikalen auf Donald Trump war und ist erheblich, insbesondere während seiner Präsidentschaft und seiner Wahlkampagnen. Diese Beziehung ist jedoch nicht einseitig: Trump hat die Evangelikalen als wichtige politische Basis erkannt und strategisch angesprochen, während viele Evangelikale ihn als politisches Werkzeug für ihre Ziele nutzen.

Die Evangelikalen, insbesondere weiße Evangelikale, sind eine der verlässlichsten Wählergruppen der Republikanischen Partei. Bei den Präsidentschaftswahlen 2016 stimmten etwa 81 Prozent der weißen Evangelikalen für Trump – ein Rekordwert. Auch 2020 blieb ihre Unterstützung mit etwa 76 Prozent hoch. 2024 lag diese Unterstützung sogar bei ca. 82 Prozent.

Diese Wählergruppe ist groß und einflussreich, besonders in den konservativen Südstaaten und im Mittleren Westen, wo sie Wahlergebnisse maßgeblich beeinflussen kann. Trump wusste um diese Abhängigkeit und richtete seine Politik und Rhetorik gezielt auf die Bedürfnisse dieser Gruppe aus. Evangelikale Führungsfiguren wie Franklin Graham, Jerry Falwell Jr. und Paula White, die als spirituelle Beraterin für Trump tätig war, spielten eine Schlüsselrolle dabei, ihn mit der evangelikalischen Basis zu verbinden.

Evangelikale haben einige zentrale Forderungen in der ersten Trump-Präsidentschaft weitgehend durchsetzen können. Zentrales Thema war dabei die Abtreibungsfrage. Hier erzielten die Evangelikalen bedeutende Fortschritte. Dazu gehörte die Ernennung konservativer Richterinnen und Richter. Trump setzte während seiner Amtszeit 234 konservative Bundesrichterinnen und Bundesrichter ein, darunter drei am Obersten Gerichtshof (Neil Gorsuch, Brett Kavanaugh, Amy Coney Barrett). Diese haben Urteile gefällt, die evangelikalischen Anliegen wie der Einschränkung von Abtreibung entgegenkommen.

Im Zusammenhang damit steht die Unterstützung der Pro-life-Agenda: Er war der erste amtierende Präsident, der 2020 bei der jährlichen „March for Life“-Demonstration auftrat, einer zentralen Veranstaltung der Abtreibungsgegner.

Trump stellte sich auch als Verteidiger der Religionsfreiheit dar, indem er Gesetze und Richtlinien erließ, die religiöse Institutionen schützen, z. B. in Bezug auf die Verweigerung von Dienstleistungen für LGBTQ+-Personen aus religiösen Gründen.

Die Beziehung zwischen Trump und den Evangelikalen war jedoch keine reine Unterordnung. Evangelikale Führer übten Einfluss auf Trumps Politik und Rhetorik aus, insbesondere durch direkten Zugang

und öffentliche Unterstützung. Trump war auf diese Gruppe angewiesen, um seine Machtbasis zu sichern, was ihm einen Anreiz gab, ihre Anliegen priorisiert zu behandeln.

Evangelikale sahen wiederum in Trump eine Gelegenheit, ihre politischen und

trotz seines moralisch fragwürdigen Verhaltens, der als Ehebrecher und ruchloser Politiker bekannte König David bemüht, der ja trotz seiner Fehltritte weiterhin als Gottes auserwählter König galt. Damit war die Machtallianz mit ihm zunächst ausreichend legitimiert. Das Attentat am 13. Juli 2024, das Trump glücklich über-



Trump und Jerry Falwell jr

© Wikimedia Commons/Shealeah Craighead

kulturellen Ziele durchzusetzen. Selbst wenn viele Evangelikale persönliche Vorbehalte gegenüber seinem Lebenswandel oder Charakter hatten, betrachteten sie ihn als effektives Werkzeug, um ihre Interessen zu vertreten – eine Art „pragmatische Allianz“, die allerdings zunehmend theologisch untermauert wurde.

Zunächst wurde als biblisches Bild für die Rechtmässigkeit seiner Präsidentschaft

lebte, nutzte er umgehend, um sich als den von Gott auserwählten Retter des christlichen Amerika darzustellen. Bei seiner Einführung am 20. Januar 2025 sagte er: „Ich fühlte damals und fühle jetzt noch mehr, dass mein Leben aus einem Grund gerettet wurde. Ich wurde gerettet, um Amerika wieder groß zu machen“.

Der Einfluss der Evangelikalen auf Trump hat die Bewegung in den USA langfristig

geprägt. Ihre enge Bindung an ihn hat jedoch auch Kritik und Spaltungen innerhalb der evangelikalen Gemeinschaft hervorgerufen, insbesondere bei jüngeren

und progressiveren Evangelikalen, die sich von der Politisierung des Glaubens distanzieren wollen. Ob ihr Einfluss wächst, werden die kommenden vier Jahre zeigen.

Evangelikal geht auch anders

Stellungnahme der Erlanger ELIA-Gemeinde für Demokratie und Menschenwürde

(aus deren Homepage <https://web.elia-erlangen.de/> in Auszügen)

ELIA möchte eine Gemeinde sein, die offen ist für alle Menschen. Wir heißen jede*n willkommen – wie auch Jesus jedem Menschen mit Offenheit und Liebe begegnet ist. Es ist unsere Überzeugung, dass jeder Mensch ein geliebtes Geschöpf Gottes ist und wir wollen als Nachfolger Jesu dieses Menschenbild als Einzelne und als Gemeinde mit Leben füllen.

Wir wollen gerade als Christen gegen menschen- und demokratieverachtende politische Tendenzen Stellung beziehen. Dabei geht es nicht um die Diffamierung von Personen oder Gruppierungen, sondern wir distanzieren uns von politisch extremistischen Aussagen. Wir wollen keine Hassparolen rufen, sondern als Christen klar und erkennbar Gesicht zeigen, wenn wir befürchten, dass die demokratische Grundordnung in Deutsch-



ELIA-Gemeinde Erlangen

land bedroht ist und die Würde von Menschen missachtet wird. ...

Wir bemühen uns als Gemeinde um eine Atmosphäre, die offen ist für Diskussionen. Es besteht immer die Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen – auch und gerade für gegensätzliche Positionen. Dennoch muss Gemein-

meinde nicht grundsätzlich „politikfreier Raum“ sein. Wir wollen unser Leben in allen Bereichen und auch mit unserer gesellschaftlichen Verantwortung aus Gott heraus Leben – und als eben diese Menschen mit allem, was dazu gehört, kommen wir als Gemeinde zusammen. ...

Das ELIA-Leitungsteam im April 2024

Gibt es Hoffnung im Nahostkonflikt?

Von Pfarrerin Ines Fischer

Israel und die Hamas haben sich auf eine Vereinbarung geeinigt, die zum Ende des Kriegs im Gazastreifen und zur Freilassung der Geiseln sowie palästinensischer Häftlinge führen soll. Doch der Deal, der sich über drei Phasen und voraussichtlich einige Wochen hinziehen dürfte, ist kompliziert, der Weg zum dauerhaften Frieden im Gazastreifen ungewiss. – Gibt es also Hoffnung im Nahostkonflikt? Unsere Autorin Ines Fischer ist Pfarrerin in der evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in Jerusalem. Sie ist dort zuständig für die Pilger- und Begegnungsarbeit auf dem Ölberg, für die Bildungs- und Familienarbeit in der Gemeinde im Rahmen von Gemeindeabenden und Familiennachmittagen. Ihr Textbeitrag entstand einige Tage vor Inkrafttreten der Waffenruhe.

Als Menschen leben wir von der Hoffnung und sind angewiesen auf das Gefühl, dass diese sich in Erfahrungen bestätigt. Bleiben solche Erfahrungen aus, dann ist die Gefahr groß, dass der Glaube an die Sinnhaftigkeit des eigenen Engagements schwindet und die Kraft, sich für die Veränderung von Prozessen einzusetzen, zum Erliegen kommt. Diese Erkenntnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung machen deutlich, wie schwierig es ist, von „Hoffnung im Nahen Osten“ resp. in Israel und Palästina überhaupt noch zu sprechen. Die Situation in der Region ist vielmehr geprägt von vielen Jahrzehnten Erfahrung, einander nicht vertrauen zu können.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich diese Erfahrung exponentiell verstärkt und ist in schwerste Gewalthandlungen übergegangen. 1200 Israelis wurden ermordet und 250 als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Zehntausende von Palästinenser:innen sind bei israelischen Angriffen gestorben, Hunderttausende schwer ver-

letzt und ca 1,9 Millionen Menschen im Gazastreifen vertrieben worden. Die Lebensverhältnisse dort sind katastrophal. In Israel bangen die Angehörigen weiterhin um das Schicksal der Geiseln. Im Norden des Landes sind die Verhältnisse nach dem Libanonkrieg weiterhin unsicher, es gibt noch immer keinen endgültigen Waffenstillstand. Die Zahl der israelischen Soldat:innen, die unter einer posttraumatischen Belastungsstörung leiden, steigt kontinuierlich an.

Die Hoffnung auf ein konstruktives Zusammenleben in der Zukunft hat faktisch kaum noch einen Nährboden: In der israelischen Gesellschaft gilt der 7. Oktober vielen als Beweis dafür, dass Vertrauen in Palästinenser:innen grundsätzlich nicht mehr möglich ist. Die Massaker der Hamas haben transgenerationale Ängste hervorgebracht, die von Mitgliedern der israelischen Regierung – die von schon vor dem 7. Oktober die Vertreibung und Auslöschung palästinensischer Dörfer befürworteten – nun gezielt genutzt

werden, um die zukünftige Existenz eines Staates Palästina faktisch zu verunmöglichen.

Auf Seiten der Palästinenser:innen ist der Alltag geprägt von dem Entsetzen über den Tod der vielen in Gaza, von massiven Einschränkungen in der Westbank, Hauszerstörungen und dem Gefühl, dass die Besatzung niemals enden wird.

In persönlichen Begegnungen mit Palästinenser:innen und jüdischen Israelis treffe ich zunehmend auf desillusionierte Menschen, die das Wort „Hoffnung“ kaum noch in den Mund nehmen.

Erfahrungen, die das Gefühl der Hoffnung trotzdem nähren? Ist es vermessen, davon überhaupt noch zu sprechen? Es gibt Menschen, die versuchen, diese Erfahrungen zu ermöglichen – trotz allem. In israelischen und palästinensischen Initiativen, die sich oft schon über viele Jahrzehnte hinweg dafür einsetzen, dass ein Zusammenleben vor Ort möglich und praktikabel ist. Und die weitermachen. Trotz allem.

Als ein Beispiel sei hier die bereits seit 1988 bestehende Initiative der Rabbiner:innen für Menschenrechte genannt. Ihre Mission besteht darin, „inspiriert von den ethischen Lehren des Judentums die grundlegenden Menschenrechte aller Menschen zu wahren. „Wir glauben“ – so schreiben es die Rabbiner:innen in ihrem Grundsatzprogramm, „dass jeder Mensch nach dem Bild Gottes geschaffen ist und ein Leben in Würde und Respekt verdient.“

Konkret gewinnt dies Gestalt, indem die Rabbiner:innen sich in Kooperation mit

palästinensischen Farmern vor Ort zu Pflanz- und Ernteeinsätzen in die Westbank aufmachen und darüber hinaus „Protective Presence“ für palästinensische Hirten organisieren, denen von radikalen israelischen Siedlern der Zugang zu ihrem Land zunehmend verwehrt wird. Internationale und Israelis nehmen an diesen Einsätzen unter der Überschrift „From hope into action“ teil.

Es sind diese Formen des Engagements, die zumindest immer wieder die Erfahrung schaffen, dass es irgendwann einmal wieder Hoffnung geben könnte. Diese Initiativen zu unterstützen, davon zu erzählen und mit dazu beizutragen, dass diese Erfahrungen auch weiterhin möglich sind – es scheint in der aktuell so ausweglosen Lage nur ein sehr kleines Zeichen zu sein. Es gewinnt aber immer mehr an Bedeutung, da auch die Arbeit dieser „Hoffnungsinitiativen“ zunehmend gefährdet und bedroht ist. Konkret etwas zu tun, um ihr Engagement zu fördern, kann bedeuten, sich ihren Aktionen anzuschließen oder ihnen auf der internationalen Ebene deutlich mehr Gehör zu verschaffen. Damit etwas von der Hoffnung bleibt, die sie selbst so dringend brauchen.

Yuval Noah Harari zum Nahostkonflikt:

Hier Gut, dort Böse – dieses „banal binäre Prinzip“ funktioniert nicht mehr

Wie kann man den Nahostkonflikt beurteilen – moralisch? Wer ist der Gute, wer der Böse? Mit welchem Recht oder mit welchem Unrecht bekriegt wer wen, nimmt israelische Geiseln, verursacht Massenmord unter der palästinensischen Zivilbevölkerung (oder, moralisch beschönigend ausgedrückt, nimmt diese Morde „in Kauf?“ Darüber kann man eine Moralpredigt halten, sich im Debattierclub streiten, in Feuilleton-Kommentaren schwadronieren, oder auch nur verzweifelt den Kopf schütteln.

Yuval Noah Harari, israelischer Historiker und weltweit bekannter und populärer Autor („Sapiens“, „Homo Deus“) mit philosophischen Ansätzen, hat auch zum Nahostkonflikt eine moralisch eindeutige Meinung: Hier Gut, dort Böse – dieses banal binäre Prinzip funktioniert am Beispiel Gaza und Israel nicht.

In einem Podcast-Gespräch mit dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Ian Bremmer äußerte Harari gewissermaßen nebenbei und in gerade beiläufiger Weise jede Menge moralisch philosophisch bedenkenswerte Gedanken zum Nahostkonflikt. Er warnte beide Parteien vor der Gefahr, sich nur als Opfer zu sehen, weil dies die Verantwortung von Individuen als auch Nationen aufhebe. Er unterschied feinsinnig zwischen Patriotis-

mus, dem „Liebesgefühl für eine einzigartige Gruppe“, und dem ursächlich von diesem Gefühl herrührenden Nationalismus, der dann gefährlich wird, wenn er in Vorherrschaft über andere Gruppen mündet. Er sagte, dass es möglich und notwendig sei, die Rechte und Würde sowohl der Israelis als auch der Palästinenser anzuerkennen. Er meinte, dass man zugleich die Rechte der Palästinenser unterstützen kann, ohne die Existenz Israels gefährden zu wollen. Überhaupt sei es möglich und notwendig, die Erwartungen beider Gruppen an ein würdiges Leben in ihren Heimatländern gleichermaßen zu respektieren.

Dies alles basiert auf Hararis Grundkenntnis, dass die traditionellen Vorstellungen von Gut und Böse in Nationen und ethnischen Gruppen von kulturellen, religiösen und historischen Kontexten geprägt sind, und dass diese moralischen Kategorien und deren Bedeutung sich im Laufe der Zeit wandeln können und dass die Unterscheidung zwischen Gut und Böse in solchen Konflikten komplex und oft subjektiv ist. Daraus folgt dann also, auf den Nahostkonflikt übertragen, diese Erkenntnis quasi nebenbei und selbstverständlich: Das „banal binäre Prinzip von Gut und Böse“ funktioniert nicht mehr.

Lutz Taubert

Die Wärmepumpe: trotz allem unentbehrlich

Nachgefragt nicht bei Parteien, sondern in einem Fachbetrieb

Dauerbrenner Wärmepumpe, hierzulande ein hochpolitisches, ein parteiisches Thema: Von links und grün eine Zeit lang hoch gefördert, wurde die Wärmepumpe als essenzieller Bestandteil des Gebäudeenergiegesetzes, vulgo Heizungsgesetz, von rechter Seite alsbald als „grüne Ideologie“ verteufelt. Eine derzeitige Hochkonjunktur für die Wärmepumpe mag der Unsicherheit über die künftige Förderung für den Heizungstausch geschuldet sein.

Wir fragten nicht bei den Parteien, sondern in einem Fachbetrieb nach: Die Firma Ikratos ist ein mittelständischer Betrieb im ländlichen Mittelfranken, der 1999 von der Familie Harhammer gegründet wurde. 2005 wurde die erste Solaranlage installiert, danach folgten Batteriespeicher und Wärmepumpen, u. a. auch in Afrika oder Indien. Nachdem auch im kirchlichen Bereich die Wärmewende ansteht, hat b+k Familie Harhammer sechs Fragen gestellt und diese Antworten erhalten:

b+k: Nach dem in der Kommunikation unglücklich verlaufenen „Heizungsgesetz“ ist es um die Wärmepumpe als Heizungs-lösung still geworden. Hersteller, auch in Bayern, klagen über schleppenden Absatz. Wird das so bleiben?

Familie Harhammer: Über kurz oder lang wird eine Reform des „Heizungsgesetzes“ erfolgen, die dann leichter verständlich und einfacher umzusetzen sein wird. Wir rechnen ca. im Juni 2025 mit einer Anpassung. Mit dieser Anpassung nimmt das Thema dann wieder entsprechend Fahrt auf, obwohl durch die hohen Förderbeträge nach wie vor eine stetige Nachfrage nach Wärmepumpeninstallationen vorhanden ist.

b+k: Viele Verbraucher bauen schnell

noch fossile Heizungen ein. Sind die gut beraten?

Familie Harhammer: Aufgrund der steigenden CO₂-Bepreisung sind diese Verbraucher aufgrund der Klimaschädlichkeit und der Abhängigkeiten von Drittstaaten mit der Installation von fossilen Heizungen langfristig nicht unbedingt gut beraten.

b+k: Es gibt staatliche Förderungen. Aber ist das nicht ein endloser Papierkrieg?

Familie Harhammer: Der Förder-Dschungel hat sich mittlerweile deutlich gelichtet und wurde vereinfacht. Vieles in dem Bereich wurde auf die Handwerksbetriebe umgelegt, damit der Kunde möglichst unbeschwert ans Ziel kommt. Wir sind gespannt, wie sich die Fördersituation in Zukunft gestaltet. Vermutlich wird es

immer einfacher, damit Hürden auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele minimiert werden.

b+k: Sie werben damit, dass eine Wärmepumpe nur die Hälfte der Energiekosten einer moderne Gasheizung verursacht. Und das bei Wintertemperaturen und

die Kosteneffizienz weiter zu erhöhen. Fachleute können sehr gut einschätzen, ob eine Sanierung erforderlich ist bzw. sich für die Wärmepumpenbetreiber lohnt.

b+k: Gibt es auch Wärmepumpenlösungen für große Gebäude wie Kirchen, Kindergärten oder Gemeindehäuser?



© Harhammer

wenig Sonne. Kann das funktionieren?

Familie Harhammer: Eine Wärmepumpe ist grundsätzlich eine hocheffiziente Technik. Damit man tatsächlich die Energiekosten halbieren kann, müssen jedoch diverse Faktoren hinsichtlich des Primärenergieverbrauchs optimiert sein.

b+k: Es wird behauptet, dass man zuerst ein Haus mit hohen Kosten grundlegend sanieren und isolieren müsse, bevor Wärmepumpen sinnvoll sind. Stimmt das?

Familie Harhammer: Viele Kunden stellen erst auf Wärmepumpe um und sanieren dann im Nachhinein stückweise, um

Können auch die von staatlichen Förderungen profitieren?

Familie Harhammer: Es gibt für jeden Gebäudetyp eine passende Wärmepumpenlösung. Es muss nicht immer eine zentrale Wärmepumpe sein. Bei den angesprochenen Gebäuden sind Luft-Luft-Wärmepumpen eine ideale und kostengünstige Lösung. Auch Kirchen und andere Institutionen können selbstverständlich von staatlichen Förderungen profitieren.

Interview: HG Koch

„Wir wollen eure Hoffnung nicht!“

Seelsorge in und an der Klimabewegung / Von Thomas Zeitler

Unser Autor Thomas Zeitler arbeitet als Kultur- und Hochschulpfarrer an der Egidienkirche in Nürnberg und engagiert sich privat bei der Bewegung „Extinction Rebellion“. In unserem Beitrag geht es exakt um diesen Konnex: Wie kann Kirche, wie kann ein Seelsorger und Trostspender die Ängste der Menschen vor der Klimakatastrophe aufgreifen?

Als Greta Thunberg auf dem World Economic Forum 2019 in Davos den dort versammelten Wirtschaftsführern zurief „Wir wollen eure Hoffnung nicht!“, war das auch ein indirektes Signal an alle anderen Tröster und Sinnanbieter: Kommt uns nicht mit falschen Heilsversprechen und Alles-wird-gut-Botschaften, wenn ihr nicht bereit seid, der Krisenlage entsprechend Konsequenzen zu ziehen und zu handeln. Denn so wird Euer Gerede von Hoffnung zur Ausrede für das eigene Versagen vor den Herausforderungen des bevorstehenden Klimakollaps.

Zugleich verriet die – durchaus bewusst inszenierte – emotionale Dramatik der Rede, dass hier aus tiefsten Seelennöten heraus nach Umkehr und Hilfe für den Planeten Erde gerufen wurde: die Klimaaktivist:innen als Stimme und stellvertretende Verkörperung der stumm leidenden Kreatur und der bedrohten künftigen Generationen. So erlebe ich als Pfarrer, der in der Klimabewegung selbst politisch aktiv ist, auch die Herausforderung an die eigene Rolle und auch die Erwartungen, seien sie ausgesprochen oder unausgesprochen, die sich an mich in dieser Doppelfunktion richten.

Es gibt eine Abwehr gegen alles „Religi-

öse“ bzw. „Spirituelle“, das sich quasi parasitär oder nutznießend auf das emotionale Spannungsfeld obendrauf zu setzen versucht. Zugleich gibt es einen echten Bedarf, mit den Phänomenen von Klimangst, Zukunftsdepression und Bewegungs-Burn-out umzugehen, die ganz zentral das Innenleben der Klimabewegung begleiten und prägen. Die „Psychologists for Future“ mit ihrer wissenschaftsfundierten Profession und ihrem weltanschauungsneutralen Handwerkszeug sind uns als Kirchen im Ansehen da durchaus voraus. Oder ein wichtiger Vergleichspunkt, was das Verständnis unserer eigenen Mittel und Möglichkeiten betrifft.

Jedenfalls wartet man nicht automatisch auf einen hilfreichen Beitrag von Christ:innen oder Pfarrer:innen zu dem, was die Bewegung sehr wach und reflexiv die „Regenerationskultur“ im Ausgleich zum aktivistischen Tun getauft hat und wo bewusst Raum geschaffen werden soll für die „emotionalen Begleiterscheinungen“ des Engagements und ihrer Bearbeitung. Und doch: Unsere Kompetenzen in diesem Feld der „Sorge für die eigene Seele“ werden durchaus gesehen und angefragt, wenn ein persönliches Vertrauensverhältnis entstanden ist und

wir Formate anbieten, die religionsübergreifend und inklusiv in Anspruch genommen werden können.

So wurde ich in Nürnberg von der Ortsgruppe von Extinction Rebellion angefragt, bei einem Trauermarsch für die aussterbenden Arten eine Trauerrede zu halten – als Pfarrer. Denn Beerdigen sei ja mein ureigentliches Geschäft! Eine spannende Herausforderung, der ich mich dann auch gestellt habe: eine öffentliche Kasualie zu halten vor einer ganz buntgemischten Trauergemeinde, die den Tod der Kreatur nicht nur aus aktivistischem Interesse inszeniert, sondern anteilnehmend und wirklich trauernd mit durchleidet. Und da flossen auch echte Tränen.

Aber auch jenseits solcher öffentlichen Thematisierungen ist es immer wieder wichtig, Orte zu schaffen, die es ermöglichen, den existenziellen Themen, die sich mit der Klimakrise verbinden, Raum zu geben. Ich habe dabei zwei Formate als hilfreich erlebt:

- Zum einen die Arbeit mit dem „Empathy Circle“ nach Edwin Rutsch, bei dem alle Anwesenden im Kreis die Gelegenheit bekommen, das, was sie gerade beschäftigt, auszusprechen, und durch eine Art „Echoing“ zu erleben, dass diese Gefühle von anderen wahrgenommen und verstanden werden.

- Außerdem gibt es eine interessante Bewegung von sogenannten „Death Cafés“, offene Einladungen zu einem Kaffeeklatsch

bei Heißgetränk und Keksen, bei denen aber bewusst das Thema gesetzt ist, wie mein eigenes Verhältnis ist zu Tod und Vergänglichkeit und Untergangsszenarien. Das, was oft als unausgesprochene Motivation hinter dem Engagement steckt – die Angst vor einer apokalyptischen Zukunft – kann hier persönlich und biografisch und gegenseitig anteilnehmend zur Sprache kommen.

Grundsätzlich ist es aber am wichtigsten, solidarisch an der Seite der Aktivist:innen zu stehen, um ihnen zu zeigen, dass auch eine gesellschaftlich (noch) wirksame und anerkannte Großinstitution ihr Anliegen versteht und im Grundsätzlichen teilt. Das kann geschehen durch die Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur, durch die Einladung zu Diskussionsveranstaltungen oder in Themengottesdiensten, aber auch durch personelle Sichtbarkeit bei Mahnwachen vor Gerichtsgebäuden, die die zunehmende Kriminalisierung der Bewegung kritisch begleiten, und nicht zuletzt durch konkretes Mittun bei Aktionen, die zeigen:

Wie man sich engagieren kann, um ihr Anliegen zu zeigen, dass auch eine gesellschaftlich (noch) wirksame und anerkannte Großinstitution ihr Anliegen versteht und im Grundsätzlichen teilt. Das kann geschehen durch die Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur, durch die Einladung zu Diskussionsveranstaltungen

oder in Themengottesdiensten, aber auch durch personelle Sichtbarkeit bei Mahnwachen vor Gerichtsgebäuden, die die zunehmende Kriminalisierung der Bewegung kritisch begleiten, und nicht zuletzt durch konkretes Mittun bei Aktionen, die zeigen:

Auch uns treibt die Sorge um die Zukunft um – wie euch auch. Und wir lassen es nicht bei vertröstenden Worten bewenden, die einen guten Ausgang versprechen, wo er derzeit nicht absehbar ist. Sondern wir sind mit Euch verbunden in den Sorgen und in den Kämpfen – Ausgang offen.

Zuerst erschienen im Umweltmagazin der ELKB umwelt mitwelt zukunft 98/2024



Death Cafe

Infrarotstrahler statt Kirchenbankheizung

„Sonnenbaden in der Christuskirche“

Als die Christuskirche in Selb die Kirchenbänke durch Stühle ersetzen wollte, war das Hauptproblem die Frage: Wie heizen wir, wenn wir keine Kirchenbankheizung mehr haben?

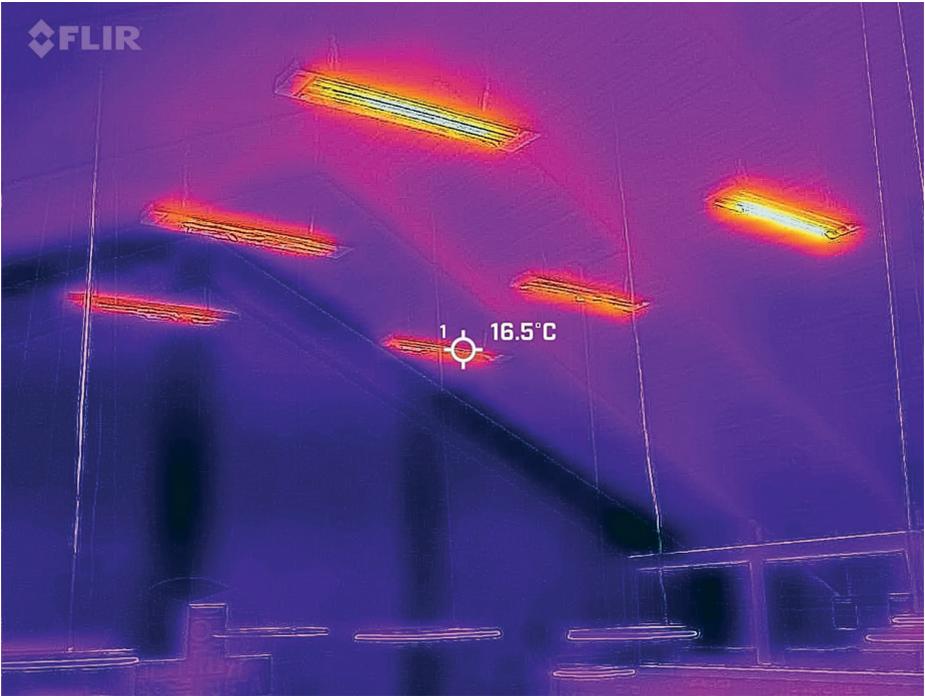
Kirchenbankheizungen sind weit verbreitet und haben den Vorteil, dass sie nicht den Raum heizen sollen, sondern die Körper der Menschen, die darauf sitzen. Zumindest in der Theorie – denn wie bei uns so auch in vielen anderen Kirchen wird die Bankheizung so früh angestellt, dass die ganze Kirche damit geheizt wird. Bei 10 Stunden Heizleistung mit rd. 30 KW kommt man dann auf stattliche 300 KWh Strom, die so verbraucht werden können.

Für die umgebaute Kirche hatten wir zunächst eine Pelletsheizung vorgesehen – mit der Installation von Heizkörpern, Rohren, Heizzentrale und Kamin (der auch noch an der Front der Kirche hätte installiert werden müssen!) wäre so ein stattliches Bauprojekt von rd. 90.000€ zusammengekommen – und zusätzlich natürlich erhebliche Verbrauchskosten! Just in diesen Monaten sprach sich herum, dass es eine Alternative gibt: Infrarotstrahler. Diese haben zwei große Vorteile:

1. Sie können in großer Höhe aufgehängt werden, ihre Strahlung reicht bis zu 25m verlustfrei – bis sie auf Menschen oder Möbel trifft, die sie erwärmt. Die Luft zwischen Strahler und Mensch wird dabei nicht erwärmt.

2. Die Infrarotstrahler lassen sich relativ einfach an jeder Decke aufhängen, es braucht keine größeren Installationen von Heizkörpern, die in keiner Kirche schön aussehen, und auch keinen Kamin. In der einfachsten Variante, für die wir uns entschieden haben, kosten sie ca. 600 € pro Stück – für die Christuskirche haben wir acht Strahler genommen. Mit der Installation mithilfe von teilweise zwei Hubsteigern kamen wir dann auf Gesamtkosten für die Heizung von rd. 25.000 €. Damit kostet schon die Installation nur noch 1/3 der geplanten Pelletsheizung. Für den Betrieb planen wir noch die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem günstig gelegenen Dach der Kirche – damit wäre dann die Heizung der Kirche fast klimaneutral machbar.

Klappt das auch so? Manchmal hat man ja wunderbare Pläne – und dann passt alles nicht zusammen. Tatsächlich kann man aus unserer Kirche auch Verbesserungsvorschläge mitnehmen: Die Hoffnung, nur 20 Minuten vor dem Gottesdienst die Heizung einschalten zu müssen, hat sich nicht bestätigt. Tatsächlich heizen wir bei Minusgraden doch bis zu zwei Stunden vor, damit sich auch die Raumluft ein bisschen erwärmt. Und



Die Wärmebildkamera zeigt, dass die Luft nicht mit erwärmt wird (16,5°).

© J. Herold

eine Lücke zwischen den hinteren Strahlern lässt doch einige Bänke unbeheizt – da war der Abstrahlwinkel der Strahler doch kleiner als vermutet.

Insgesamt hat sich unsere Heizung aber zu unserer großen Zufriedenheit bewährt: Wir sparen ca. 80 Prozent an Heizkosten und laden immer wieder gerne ein zum „Sonnenbaden in der Christuskirche“ – denn genau so fühlt

sich die Wärme unserer Heizung an. Es ist genau die gleiche Strahlung, mit der die Sonne über Milliarden Kilometer unseren Planeten erwärmt.

Im Landeskirchenamt hat sich diese Entdeckung von Dekan Peter Bauer und Architekt Ulrich Arndt übrigens schon herumgesprochen und gilt jetzt als die präferierte neue Heizungs-methode.

Johannes Herold

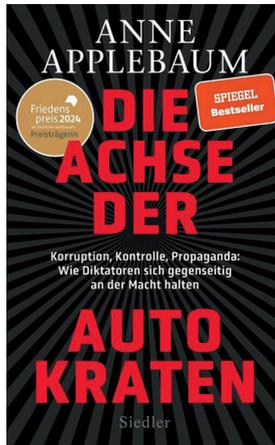
Autokraten vs Demokraten

Das hat einige überrascht: Anne Applebaums neuestes Buch „Die Achse der Autokraten“ hat den Friedenspreis des deutschen Buchhandels bekommen / Von Lutz Taubert

Merkwürdigerweise konnten wir diese Autorin in Deutschland bisher kaum, während sie international eine seit Langem und oft zitierte Stimme in globalen Debatten über Demokratie und Autoritarismus ist: Anne Applebaum, US-amerikanisch-polnische Journalistin, Kolumnistin, Historikerin, die vor allem durch ihre Arbeiten über die Geschichte Osteuropas und ihre Analysen autoritärer Regime sich einen Namen machte. Im Herbst letzten Jahres bekam sie für ihr neues Buch „Die Achse der Autokraten“ den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, nun also kennen wir sie auch in Deutschland.

Anne Applebaums Buch beschreibt den Aufstieg autoritärer Regime und deren Auswirkungen auf die globale Politik. Die spannende und beunruhigende Hauptthese in diesem Buch besagt, dass weltweit die Autokratie die Demokratie gefährdet. Ists also vorbei mit unserer westlichen freien Welt? Oder werden – umgekehrt – die Demokratien es letztlich doch schaffen, sich gegen die „Schurkenstaaten“ wehrhaft durchzusetzen?

Der Friedenspreis also ausgerechnet für dieses Buch? Dies barg, wenn man so



will, eine beidseitige Überraschung in sich.

Die Friedensszene nahm erstaunt zur Kenntnis, dass dieses friedensbepreiste Buch in einer fast schon bellizistischen Weise für eine wehrhafte Demokratie plädiert. Und Anne Applebaum zeigte sich in ihrer Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche auch erst mal ziemlich verwundert, dass sie die Friedenspreisträgerin sei.

Aber dann legte sie los, warnte eindringlich vor einer „naiven“ Friedenshoffnung, appellierte an Deutschland, an Europa, gegen die Bedrohung durch autokratische Regime Stellung zu beziehen: Wer „Pazifismus“ fordere und nicht nur Gebiete an Russland abtreten wolle, sondern auch Menschen, Prinzipien und Ideale, der habe rein gar nichts aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts gelernt.

Anne Applebaum sieht Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft als notwendige Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, anstatt in passiver Diplomatie zu verharren. Dies entspricht zwar nicht dem traditionellen Verständnis von Friedensarbeit, ist jedoch angesichts aktueller globaler Herausforderungen dringend notwendig. So Friedenspreisträgerin Anne

Applebaum in der Frankfurter Paulskirche. Wird damit eine Zeitenwende im pazifistischen Denken eingeläutet?

Der Begriff „Frieden“ ist, Anne Applebaum folgend, im heutigen politischen Klima anders zu deuten, mehr als Abwesenheit von Krieg – es geht ihr vielmehr um die aktive Verteidigung von Freiheit und Demokratie gegenüber aggressiven, autoritären Regimen, die ihre Machtstrukturen durch Korruption und Propaganda sichern. Applebaums Buch ist damit eine eindringliche Warnung an Demokratien, ihre eigenen Strukturen und Prinzipien aktiv zu verteidigen, statt auf diplomatische Lösungen mit autoritären Systemen zu setzen. Sie sieht in Abschreckung und Widerstand wesentliche Mittel, um das demokratische System zu schützen und Frieden zu sichern. Applebaum fordert ein „Erwachen“ des Westens und die Notwendigkeit, dem Vormarsch autoritärer Systeme weltweit entgegenzutreten, was sie als wesentlichen Teil der Friedenserhaltung begreift. Wir sind, Applebaums Autokratenbuch in der Hand, mittendrin in der innerdeutschen Diskussion, auch in unseren Parteien, wie man sich zur Lösung des Ukraine Konflikts stellt, blicken auf BSW und AfD, auf die parteiinterne Zerrissenheit innerhalb der SPD. Ein prominentes Beispiel für die Umorientierung in der Friedensszene ist der Grüne Anton Hofreiter: Ursprünglich bekannt für seine pazifistischen Ansichten, hat er sich nach dem russischen Überfall auf die Ukraine stark für Waffenlieferungen an die Ukraine eingesetzt; diese Position hat ihn

innerhalb seiner Partei, die ihre Wurzeln in der Friedensbewegung hat, in Konflikt gebracht.

Beunruhigend ist Applebaums Schlussbemerkung: Demokratien „können von innen und außen zerstört werden – durch Spaltung und Demagogie“. Das führt uns in direkter Weise zum allgemeinen Rechtsruck im demokratischen Westen. AfD, Fratelli d'Italia, Rassemblement National in Frankreich, Vox in Spanien, Freiheitliche Partei Österreichs: Rechtspopulistische, rechtsextreme Einstellungen in vielen westlichen Demokratien nehmen zu, breiten sich in die Mitte der Gesellschaft aus.

Und Autokraten und Populisten finden ihren Platz in demokratischen Gesellschaften: Orbán, Erdoğan, Bolsonaro. Und damit sind wir – nicht einmal zu allerletzt und auch nicht zu guter Letzt – beim demokratisch gewählten Terminator Trump angekommen. Das nächste Buch von Applebaum muss dann wohl heißen: „Die Achse der Autokraten in den Demokratien“.

Und wie wird's dann werden, wenn die demokratischen Auto- und Plutokraten gegen die nichtdemokratischen Autokraten antreten? Und welche Rolle spielen die verbliebenen demokratisch gewählten Regierungen, in denen – noch – kein Autokrat das Sagen hat? Bleibt nur der nicht gerade pazifistische Schlachtruf: Demokraten, auf in den Kampf!

Lutz Taubert

Ukrainekrieg: Gibt es einen Ausweg?

Von Andreas Hamburg

Andreas Hamburg, in der Ukraine geboren, hat in Deutschland Theologie studiert und ist dann mit seiner Familie wieder in die Ukraine zurückgekehrt. Er war u. a. Pfarrer in Charkiw. Heute ist er Pastor in Bremen und dort zugleich Friedensbeauftragter.

Es sind nun fast drei Jahre vergangen, seit der Krieg in der Ukraine begonnen hat, und noch immer fällt es schwer, die Realität zu begreifen. Zu Beginn des Konflikts schien es unfassbar – nach drei Tagen, nach drei Monaten, und selbst jetzt, nach fast drei Jahren, bleibt der Schock unverändert. Jeden Morgen beim Aufwachen stellt sich die gleiche quälende Frage: Ist es wirklich wahr, dass in unserer Nähe, in Europa Krieg herrscht? Und in der ganzen Verzweiflung fragt man sich, wann geht es nun zu Ende, wann kommt endlich Frieden?

Die meisten Ukrainer wünschen sich einen gerechten Frieden, einen, der die territoriale Integrität ihres Landes wahrt. Es muss ein Frieden sein, der die Opfer, die die Ukraine in diesem Krieg gebracht hat, nicht ignoriert, und der versucht, die tiefen Wunden zu heilen – Wunden, die kaum zu schließen sind und doch wenigstens mit einem illusorischen Hauch der Rechtfertigung zugedeckt werden können.

Die Zahl der Getöteten und Verwundeten ist erschreckend hoch. Und doch bleiben die genauere Zahlen im Verborgenen, man ahnt sie nur im Anblick der ukrainischen Friedhöfe: Denkmäler mit den Bildern der jungen Soldaten, soweit man sehen kann. Auf einer Reise im Odessa-Gebiet

besuchte ich eine Schule, in der Fotos ehemaliger Schüler zu sehen waren, die als Soldaten im Krieg ihr Leben verloren haben. Ca. 80 junge Männer aus einem kleinen Dorf mit nur 1000 Einwohnern... Wenn man diese Zahl auf das ganze Land hochrechnet, stockt einem der Atem. Auch die Zivilisten sind betroffen und es werden immer noch mehr, wöchentlich, täglich, stündlich ...

Die Menschen sind erschöpft. Viele können und wollen nicht mehr und sehnen sich nur nach Frieden, manche sogar um jeden Preis. Wenn er nur da wäre! Dann könnten die Heilung und der Wiederaufbau beginnen und das Leben erwachen, so wie es mal war: in den Schulen, am Strand, auf den Straßen, überall. So wie sie es in Erinnerung haben. Die Zeiten des Friedens. Denn der Schmerz ist besonders schmerzhaft, wenn man sich noch an die Zeiten erinnert, die im Lichte der Hoffnung und des Friedens standen. Bei meinem Besuch in Odessa Ende Oktober habe ich das schmerzlich erlebt. Im Stadtzentrum, das ich im Gedächtnis in wunderbarer Beleuchtung hatte. Mit dem Beginn der Sperrstunde ging plötzlich das Licht aus, überall: auf den Straßen und in den Häusern. Stille. Und aus dieser Stille der Finsternis flüsterte die Angst und manchmal bedient sie sich der Stimme der Sirenen

aus den Lautsprechern, gemischt mit lauten Explosionen ... Für mich waren es nur ein paar Tage, für die Menschen dort sind es drei Jahren.

Und doch will niemand die Hoffnung aufgeben, auch das durften wir bei unserem Besuch in der Ukraine erleben. Die Soldaten, die über ihre Verzweiflung und Ermüdung sprechen und doch ihren Dienst tun, um den Himmel über Odessa zu sichern. Der Militärgouverneur, der offen über Probleme spricht, seiner Tränen sich nicht schämt und doch fast mit kindlichem Stolz erzählt, dass der Hafen von Odessa fast so gut wie vor dem Krieg seine Arbeit aufgenommen hat. Müdes medizinisches Personal, das liebevoll mit kleinen und großen Patienten umgeht. Neue Rehasentren, die eröffnet wurden. Eine kleine evangelische Gemeinde, die den Flüchtlingen ein neues Zuhause ermöglicht hat und für die Bewohner des Dorfes sorgt. Überwältigend war zu sehen, wie gut die Hilfe ankommt, die aus Bremen in die Ukraine geschickt wird. Im Februar werden es 120 LKWs sein.

Es geht dabei aber nicht um die Tonnen der humanitären Hilfe, sondern vor allem darum, den Menschen in der Ukraine das Gefühl zu geben, dass sie nicht vergessen sind. Ganz im Sinne der Botschaft, die auf Weihnachtsbeuteln für ukrainische Kinder stand: „Weihnachten ist, wenn jemand liebevoll an dich denkt.“ 10.000 Geschenke wurden in Bremen zusammengepackt und in der Ukraine verteilt. Was solche liebevollen Gedanken bewirken, ist überwältigend, und es macht Mut weiterhin den Menschen in der Ukraine Mut, zu machen.

Darum soll es eigentlich gehen: immer wieder zu signalisieren, dass die Ukraine nicht allein ist – nicht nur auf menschlicher, sondern auch auf politischer Ebene. Dies gilt auch dann, wenn kritische Fragen aufkommen, etwa zur Zukunft der Demokratie in der Ukraine. Es ist verständlich, dass Krieg andere Strukturen erfordert, aber der Blick muss auf die Zeit danach gerichtet sein. Die Hoffnung liegt darin, dass die Ukraine nach dem Krieg zu einem Land wird, in dem Demokratie möglich ist und gelebt wird – im Gegensatz zu einigen ihrer Nachbarn. Sicherlich ist auch bei der Ukraine manches zu hinterfragen, vor allem die Tatsache, dass seit 2014, einem großen Ausbruch, viele Reformen nicht umgesetzt wurden. Und doch werden wir diesem Land nicht gerecht, wenn wir aus den Augen verlieren, dass gerade der Wunsch, den demokratischen Ländern näher zu sein, der Auslöser des Krieges war und nicht eine Rückkehr in die Diktatur, die 1991 ihr offizielles Ende hatte. Der Krieg wird sicherlich enden, und hoffentlich kehrt bald ein gerechter Frieden ein. Dann können die inneren Widerstände in der Ukraine offenbart und bearbeitet werden, wie die Sehnsucht nach einer starken Führung und Verlangen nach Freiheit, die Tendenz zur Verantwortungslosigkeit und dem Wunsch nach Selbstbestimmung, Notwendigkeit eines Rechtsstaats und Rückfall in Korruption.

All das erinnert mich stark an die Wüstenwanderung des israelitischen Volkes. Seit die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangt hat, sind noch keine 40 Jahre vergangen.

Wir versenden b+k an alle Mitglieder und Interessierten, deren E-Mail wir haben, **per Mail**. Wenn Sie nicht sicher sind, ob wir Ihre (richtige) E-Mail haben, bitten wir um eine Mail an Beate Rabenstein unter *f-b-rabenstein@gmx.de*

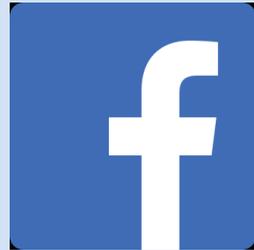
Wenn Sie b+k **weiterhin und kostenlos als Print-Ausgabe** bekommen möchten: kein Problem! Es genügt eine Nachricht an Frau Rabenstein, *Tel: 0911-7807204*, oder per Post an: *AEE-Geschäftsstelle, Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth*.

Wenn Sie eine größere Zahl von b+k-Heften zur Verteilung möchten, sagen Sie bitte Bescheid, wie viele und wo Sie sie verteilen. Wir werden dann die Auflage entsprechend anpassen.

Danke für Ihr Mittun!

Ihre Redaktion

Der AEE ist auch auf Facebook



www.facebook.com/AEEbayern

Regionalgruppe Nürnberg: Neuer Gesprächskreis in Fürth will „geschwisterlich streiten“

Die Regionalgruppe ist in die Jahre gekommen, aber einige der vorhandenen Mitglieder wollen weitermachen. Als „*Gesprächskreis aee – „Anders“-evangelisch engagiert*“ trifft man sich künftig in Fürth im Gemeindehaus Heilig Geist in der Nähe der U-Bahn Hardhöhe.

„**Demokratie in Gefahr?**“ ist das Jahresthema für 2025, das erste Treffen ist am Montag, 10. März 15-17.30 Uhr mit einem Gesprächsimpuls und viel Gelegenheit, eigene Meinungen zu äußern. Weitere Treffen sind am 23. Juni und am 6. Oktober angedacht.

Namen und Adressen

Leitendes Team

Johannes Herold, Sprecher,

Gemeindepfarrer, Selb, 09287-60554 Johannes.Herold@elkb.de / aee-bayern@elkb.de

Franzi Maisel,

Erzieherin, Bayreuth, 015115657639 franzimaisel24@gmail.com

Beate Rabenstein, Geschäftsführerin,

Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth, 0911-4030919 f-b-rabenstein@gmx.de

Brigitte Wellhöfer,

Krankenschwester i. R., Nürnberg, 0911-532279, brig.wellhoefer@nefkom.net

Elke Zimmermann,

Journalistin, München, 089-3596590 elke_zimmermann@hotmail.com

Regionalgruppe Nürnberg

Dr. Hans-Gerhard Koch, Pfarrer i. R., Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth, hagekoch@kabelmail.de und

Christa Salinas, Nürnberg, salitaut@t-online.de



JETZT MÜSSEN WIR ZUSAMMENHALTEN

Heinz Rudolf Kunze zum 06.11.24

Jetzt müssen wir zusammenhalten - warum nicht auch die
Hände falten und ruhig ein bisschen beten
jetzt müssen unsre Köpfe rauchen doch Hilfe können
wir gebrauchen von Göttern und Propheten
Jetzt sind wir ziemlich gut beraten, wenn wir uns
fair wie Demokraten für unsre Zukunft streiten
und wenn diverse Populisten behaupten, dass sie's besser wüssten
dann wappnet euch beizeiten
Ich will nie mehr am Abgrund stehen und ins Gesicht der Hölle sehen
wie früher unsre Väter
weil Radikale uns vernichten uns endgültig zugrunde richten
ultimative Täter
Jetzt geht es hier um ziemlich viel, und das ist Ernst und gar kein Spiel
zu uns gelangt ein Beben, das in den USA begann
sie wählten einen wilden Mann, der wird nicht Ruhe geben
Jetzt müssen wir zusammenhalten - Gespenstern Monstern Schreckgestalten
gehört die große Bühne und Völker freiheitsüberdrüssig empfinden Sinn als überflüssig
verwechseln Schuld und Sühne
Ich möchte meinen Beitrag leisten und hoffe immer noch die meisten
besitzen ein Gewissen
nie wieder dürfen wir erlauben, dass Schurken uns die Würde rauben
wir würden sie vermissen
Es hätte schlimmer kommen, die Erde könnte auch verbrennen
durch Einschlag von Kometen
doch jetzt müssen wir zusammenhalten - warum nicht auch die Hände falten
und ruhig ein bisschen beten